

Schweiz

Zug will den Steuerwettbewerb in anderen Kantonen einschränken

Geld aus dem Finanzausgleich soll nicht für Steuersenkungen verwendet werden, fordert Zug. Damit entstehe ein schädlicher Wettbewerb. Kritiker wiederum sagen, Zug wolle bloss seinen Spitzenplatz absichern.

Von David Schaffner, Bern

Wenn Firmen innerhalb der Innerschweiz ihren Standort wechselten, war in der Vergangenheit die Richtung der Abwanderung meist klar: Weg von der damaligen Steuerparadiese in Zug, Schwyz oder Nidwalden. Seit die Luzerner die Gewinnsteuern für Firmen stark gesenkt haben, haben sich die Vorzeichen im Spiel der gegenseitigen Abwanderungen indes geändert: In den letzten Monaten konnte Luzern die Ansiedlung mehrerer Firmen melden. Wascosa beispielsweise entschied sich, den Standort mit 25 Mitarbeitern von Zug nach Luzern zu verlagern und auszubauen.

Im reichen Kanton Zug sorgt diese Entwicklung für rote Köpfe: Schliesslich stammt ein Teil des Geldes, mit dem die Luzerner ihre Steuern senken konnten, aus Zug. Möglich macht dies der interkantonale Finanzausgleich NFA. Er sorgt dafür, dass Kantone mit starken Ressourcen die ärmeren mit jährlichen Zahlungen unterstützen (siehe Grafik). Arme Stände wie Obwalden oder Luzern haben die Gelder gezielt dazu eingesetzt, ihre Steuern zu senken, zahlungskräftige Firmen und Privatpersonen anzulocken und so mittelfristig zu den starken Kantonen aufzusteigen.

Schwyz ist solidarisch

Endgültig vorbei mit dem Spass ist es für die Zuger, wenn die aufstrebenden Kantone die eigenen Sätze unterbieten. Luzern ist daran, die Gewinnsteuer in den nächsten zwei Jahren auf den teilweise schweizweit tiefsten Satz zu senken. In Gemeinden wie Meggen werden dann noch rund 11,2 Prozent anfallen, wie der Luzerner Finanzdirektor Marcel Scherzmann erklärt. Im Hauptort Zug lag die Belastung 2009 bei 15,8 Prozent. Heute bieten Appenzell Ausserrhoden und Obwalden den tiefsten Satz von 12,7 Prozent an, gefolgt von Inner- rhoden, Schwyz, Nidwalden und Zug. Luzern liegt auf dem elften Platz.

Weil Zug aber bald einmal vom grossen Nachbarn Luzern unterboten wird, fordert der Kanton, dass der Bund die NFA-Spielregeln für alle Kantone ändert, wie die «Neue Luzerner Zeitung» berichtete. Demnach sollen Nehmerkantone, die ihre Steuern unter den Durchschnitt der Geberkantone senken, weniger Mittel erhalten. Überdies soll der Bund eine Grenze bei den Zahlungen einführen. Die Beträge pro Kopf sollen nicht mehr höher als 2000 Franken liegen dürfen. Zug zahlt dieses Jahr pro Einwohner bereits 2042 Franken ein. Zürich liegt mit 428 Franken deutlich tiefer. Luzern oder Bern erhalten im Gegenzug 873 beziehungsweise 817 Franken.

Obwohl die Belastung für die Zuger hoch ist, erhalten sie kaum Unterstüt-

Der Schweizer Finanzausgleich: Wer wie viel bezahlt, wer wie viel erhält

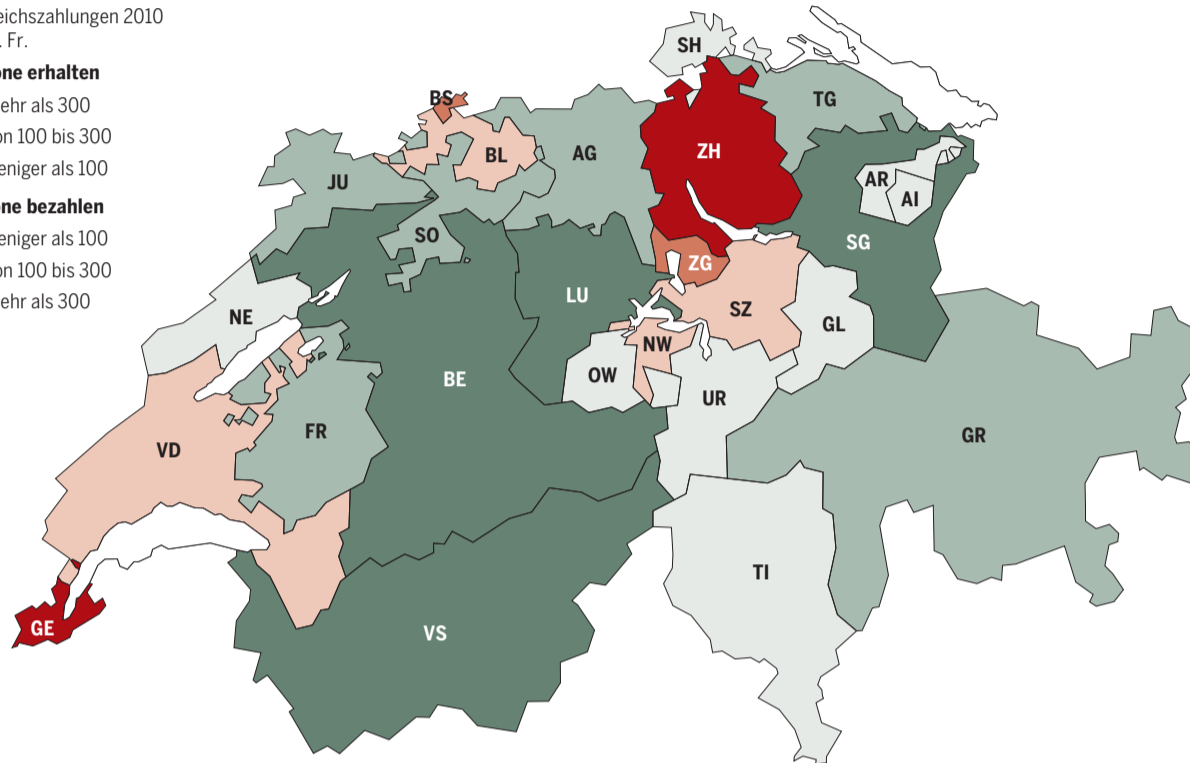
Ausgleichszahlungen 2010 in Mio. Fr.

Kantone erhalten

- mehr als 300
- von 100 bis 300
- weniger als 100

Kantone bezahlen

- weniger als 100
- von 100 bis 300
- mehr als 300



So viel leisten die ressourcenstarken Kantone

	in Mio. Fr.	pro Person in Fr.	
ZG	215,6	2032	
GE	314,5	721	
BS	110,3	578	
ZH	617,7	478	
SZ	60,8	445	
NW	14,7	375	
VD	67,9	102	
BL	4,7	18	

TA-Grafik mt / Quelle: EFD

So viel beziehen die ressourcenschwachen Kantone

	in Mio. Fr.	pro Person in Fr.	
UR	71,4	2061	
JU	104,2	1534	
VS	420,5	1451	
GL	52,0	1363	
OW	38,5	1161	
FR	293,7	1148	
TG	233,2	995	
SG	437,1	948	
AR	46,7	890	
LU	310,8	873	
BE	787,5	817	
SO	190,8	773	
GR	125,8	657	
AI	9,6	642	
AG	210,1	370	
TI	20,9	65	
NE	11,0	65	
SH	4,0	55	

zung aus anderen Kantonen. Selbst Schwyz sieht keinen Handlungsbedarf: «Ein wichtiges Ziel des NFA ist, dass die schwachen Kantone ihre Position verbessern können. Viele Kantone wie Uri oder Obwalden können dies nur erreichen, indem sie die Steuersätze von führenden Kantonen wie Zug oder Schwyz unterbieten», sagt der Schwyzer Finanzdirektor Georg Hess. «Der Kanton Schwyz muss auch immer mehr bezahlen, wir fühlen uns jedoch der Schweizer Solidarität verpflichtet.» Unschön sei allerdings, dass Luzern mit einem Brief an die Firmen in den Nachbarkantonen eine sehr «aggressive und verpönte Weise» des Standortmarketings betrieben habe.

Kein Verständnis für die Zuger zeigt auch Gabi Huber, Nationalrätin und Fraktionschefin der Schweizer FDP, ob-

wohl die Forderungen auf eine Petition der Zuger FDP zurückgeht. «Eine Begrenzung der Steuersätze lehne ich ab, da dies einer Harmonisierung der kantonalen Steuern nahekäme.» Überdies sei es stets Ziel des NFA gewesen, dass auch schwache Kantone ihre Steuern senken könnten. Ähnlicher Meinung ist der Sekretär der SVP, Martin Baltisser: «Die SVP warnt davor, Ungleichgewichte im NFA über eine Einschränkung des Wettbewerbs zu lösen.»

Luzern: «Inkonsequente Zuger»

Der Luzerner Finanzdirektor Scherzmann dürfte sich über diese Voten freuen. Er glaubt, dass die Zuger bloss ihre eigene Position unter den Spitzenkantonen absichern wollen: «Es ist inkonsequent, wenn man jahrzehntlang

den Steuerwettbewerb aktiv mitgestaltet und dann einschränken will, sobald andere Kantone nach vorne rücken.»

Sein Zuger Kollege Peter Hegglin indes winkt ab: «Wir sind bei den Gewinnsteuern schon lange nicht mehr in der Poleposition», sagt er. Man sei bei der Konstruktion des NFA von der Annahme ausgegangen, dass die finanzstarken Kantone eine tiefere Steuerbelastung hätten als die finanzschwachen. «Neuere Untersuchungen zeigen, dass diese Annahme falsch ist», sagt Hegglin. «In der Tendenz sinkt die Steuerbelastung in den finanzschwachen Kantonen mehr.» Es dürfe nicht sein, dass die Geberkantone diese aggressiven und schädlichen Auswüchse des Steuerwettbewerbs finanzieren müssten.

Kommentar Seite 2

Nachrichten

Sicherheit

Ueli Maurer plant für 2014 Gesamtverteidigungsübung

Nach 25 Jahren Unterbruch will der Bund 2014 wieder eine Gesamtverteidigungsübung durchführen. Das kündigte Bundesrat Ueli Maurer gestern an der Jahrestagung für Zivilschutzkader in Murten an. Dabei solle das Zusammenspiel von Armee, Polizei, Feuerwehr, Sanität und Zivilschutz auf Herz und Nieren geprüft werden. (SDA)

Datenbank

Jeder fünfte Hooligan kommt aus dem Kanton Zürich

Der Umfang der Hooligan-Datenbank Hoogan nimmt rasant zu. Derzeit sind 860 Personen eingetragen, wie die «Mittelland-Zeitung» berichtet. Im Mai 2009 waren es noch 576 gewesen. Die meisten Sportchaoten kommen aus dem Kanton Zürich (158). Es folgen Bern und St. Gallen mit je 90 Hooligans. (SDA)

Finanzkommission

Gegen zusätzliches Geld für Kinderkrippen

Die Finanzkommission des Nationalrats will 2010 kein zusätzliches Geld in Kinderkrippen stecken. Mit 17 gegen 7 Stimmen hat sie Zusatz- und Nachtragskredite für 32,15 Millionen Franken abgelehnt. Sie stellt sich damit gegen die nationale Sozialkommission, von der die Anträge stammen. (SDA)

Finanzlücken

Bundesanwaltschaft ermittelt in Deza-Affäre im Tschad

Jetzt befasst sich die Bundesanwaltschaft mit den Tätigkeiten der Direktion für Entwicklungshilfe und Zusammenarbeit (Deza) im Tschad. Dazu geführt hat die abgeschlossene Administrativuntersuchung, wie ein Sprecher des Auswärtigen Amtes bekannt gab. Die Eidgenössische Finanzkontrolle hatte bei einer Prüfung 2006 festgestellt, dass es beim Deza-Kooperationsbüro in N'Djaména/Tschad «grosse Lücken» bei Finanzen und Personal gebe. (SDA)

Standesinitiative

Luzern will Ausnahme von Lizenzspflicht für Vereine

Sport- und andere Vereine sollen von der Pflicht befreit werden, ihren Nachwuchs nur in Kindersitzen zu befördern. Der Luzerner Kantonsrat hat am Dienstag den Regierungsrat beauftragt, eine entsprechende Standesinitiative auszuarbeiten. (SDA)

Affäre in Neuenburg

PUK soll Vorwürfe gegen Hainard untersuchen

Das Büro des Kantonsparlaments schlägt vor, eine parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) im Fall Frédéric Hainard einzusetzen. Dem Neuenburger FDP-Regierungsrat wird fragwürdiges Verhalten und Cowboy-Methoden in mehreren Fällen vorgeworfen. (SDA)

Wieder muss Ringier Thomas Borer entschädigen - wieder wegen Ralph Grosse-Bley

Im März berichtete der «Blick» über einen Einsatz der Polizei bei Ex-Diplomat Thomas Borer. Der Artikel kommt den Ringier-Verlag nun teuer zu stehen.

Von Fabian Renz

Thomas Borer und Ralph Grosse-Bley sind das, was man alte Bekannte nennen könnte. Borer war Schweizer Botschafter in Berlin, als «SonntagsBlick» und «Blick» anno 2002 in einer knalligen Artikelserie über eine angebliche Sex-Affäre des Diplomaten berichteten. Zu den Verantwortlichen für die Kampagne gehörte Grosse-Bley, damals stellvertretender Chefredaktor des «SonntagsBlick»; Autorin der vermeintlichen Enthüllungsgeschichte war die Journalistin Alexandra Würzbach, Grosse-Bleys Gattin. Der lange mit heiligem Eifer forcierte Feldzug gegen den «Lügen-Botschafter» (so die Titulatur im «Blick») endete für den Ringier-Verlag im Desaster: Der Konzern musste Borer

mit über einer Million Franken entschädigen, der «SonntagsBlick» wurde zu einer Entschuldigung auf der Titelseite verpflichtet, Würzbach, Grosse-Bley und sein Chef Mathias Nolte verloren ihre Posten.

Gleiches Muster wie 2002

Nun scheint sich die Geschichte, wenn auch in abgeschwächtem Ausmass, zu wiederholen. Erneut veröffentlichte der «Blick» im März einen heiklen Text über Borer's Privatleben. Diesmal ging es um einen Polizeieinsatz, der nach einem Hauskrach zwischen Borer und seiner früheren Ehefrau erfolgt sei. Auch dieser Artikel hat nun zur Folge, dass Ringier dem Ex-Diplomaten Schmerzensgeld zahlen muss. Wie die Schweizer Ausgabe des deutschen Wochenblatts «Die Zeit» heute berichtet, haben sich Ringier und Borer aussergerichtlich auf eine Entschädigung von 100 000 Franken verständigt. Weder Borer's Anwalt noch die Ringier-Medienstelle wollen zur Summe Stellung nehmen; bei Ringier wird aber bestätigt, dass mit Borer eine Einigung erzielt wurde.



Thomas Borer.



R. Grosse-Bley.

Und wiederum steht Ralph Grosse-Bley in der Verantwortung, diesmal sogar in der hauptsächlichen. Der bei Ringier 2009 wieder in Gnadon aufgenommene Boulevard-Profi wurde erst gerade vor zwei Monaten vom interimistischen zum definitiven «Blick»-Chefredaktor befördert. Wie Ringier-intern bestätigt wird, hatte Grosse-Bley vor der Publikation des Borer-Polizei-Artikels darauf verzichtet, die juristische Abteilung oder seine Vorgesetzten zu konsultieren. Dabei war absehbar, dass Borer auf die Publikation reagieren würde: Nicht nur besteht zwischen ihm und Ringier eigentlich ein Stillschweigen-

men. Der Ex-Botschafter geht auch seit geraumer Zeit konsequent gegen alle Medien vor, die über seine Intimitäten berichten. Die Tamedia AG (die unter anderem den «Tages-Anzeiger» herausgibt) ist derzeit ebenfalls mit Klagedrohungen vonseiten Borer's konfrontiert. Ob das teure «Blick»-Abenteuer vom März für Grosse-Bley Folgen haben wird, ist unklar. Für den TA war Grosse-Bley gestern nicht zu sprechen.

Fielding-Anwältin: Thomas Borer hat nur Obhutsrecht

Das gemeinsame Sorgerecht für die Kinder bleibt

«Thomas Borer erhält Sorgerecht» titelte der «Sonntag». Die Zeitung berichtete am Wochenende über den Entscheid des Bezirksgerichts Horgen zur Trennung von Thomas Borer und Shawne Fielding. Auf Anfrage sagt Fielding's Anwältin Maya Stutzer nun, Borer erhalte nicht die elterliche Sorge, sondern nur die Obhut über die beiden Kinder. Da sich Borer und Fielding nicht scheiden liessen, habe das Gericht einzig über die Folgen der Trennung entschieden. Das heisst, dass die Kinder bei ihm wohnen und er für Alltags-

Sicher ist, dass ihn betreffend wohl gewisse Erwartungen auf der Ringier-Chefetage revidiert werden. Grosse-Bleys Comeback kommentierte der vormalige «Blick»-Chefredaktor Bernhard Weissberg in diesen Spalten vor zwei Jahren wie folgt: Der Heimkehrer sei seit der Borer-Affäre von 2002 ein «gebranntes Kind» - und überlege sich sicher zweimal, wie er in einer ähnlichen Situation reagieren würde.

entscheidungen zuständig sei. Die beiden hätten aber weiterhin das «gemeinsame Sorgerecht» über die Kinder. Shawne Fielding, die bis am 20. Mai aus dem Haus in Thalwil ausziehen muss, erhalte ein Besuchsrecht. Stutzer bestätigte, dass es sich um eine aussergewöhnliche Verfügung des Gerichts handle. Nach Erhalt der Begründung werde ihre Klientin entscheiden, ob sie am Obergericht dagegen Rekurs einlegen werde. Borer's Anwalt nahm bis Redaktionsschluss dazu keine Stellung. (az)